

Matthias Kopp

Hass unter Missbrauch des Begriffs „katholisch“

Das Internetportal kreuz.net ist offline

Die gute Nachricht: Seit 2. Dezember 2012 ist kreuz.net vom Netz. Eine lang gehegte Hoffnung und ein intensives Arbeiten verschiedener Seiten haben letztlich zu diesem Erfolg geführt. Die Gründe, warum kreuz.net offline und nicht mehr erreichbar ist, liegen im Unklaren. Der abgründige Hass, mittels dessen die Seite erschreckende Popularität, zumindest aber öffentliches Interesse erreichte, wird jedoch kaum aufhören. Es wäre zu kurz gedacht, meinte man, dass die – noch immer unbekannten – Macher von kreuz.net aufgeben würden. Sie werden andere Nischen finden, Internetseiten ins Leben rufen oder sich auf Foren im Schutzmantel der Anonymität des Internet austoben. Gerade aus diesem Grund hat die Deutsche Bischofskonferenz sofort nach Erlöschen der Seite kreuz.net betont, sie werde weiter mit allen Mitteln daran arbeiten, den Machern des Portals auf die Spur zu kommen. Der offline-Modus sei nicht ausreichend, um das, was die Seite angerichtet und letztlich auch verbrochen habe, nun in den Archiven der virtuellen Geschichte verschwinden zu lassen.

Viel ist in den Medien über kreuz.net und dessen Historie geschrieben worden, die eher im Ungefahren liegt. Bereits im Jahr 2007 hat sich vor allem die Deutsche Bischofskonferenz mit dieser Seite beschäftigt. Allerdings waren in einem juristischen Gutachten schon damals die Chancen als eher gering gewertet worden, mit rechtlichen Maßnahmen gegen kreuz.net vorgehen zu können, weil sich die Akteure dem Zugriff der deutschen Justiz entziehen. Sicherlich wird man festhalten müssen, dass es nicht Aufgabe der Kirche in Deutschland sein kann, alle vorhandenen Internetportale zu beobachten oder gar – wie es einige der notorischen Kirchenkritiker forderten – zu überwachen. Dennoch gibt es eine Verpflichtung, sich in einigen Abständen mit dieser und ähnlichen Seiten zu beschäftigen. Die besondere Nähe des Portals kreuz.net zur Piusbruderschaft, zumindest aber zu Bischof Richard Williamson, war offensichtlich. Zwar distanzierte sich die Piusbruderschaft einige Male von dem Portal, allerdings bot der Internetauftritt Williamson eine gerne von ihm genutzte Plattform, um seine absonderlichen Thesen abzusetzen.

In der Debatte um die Holocaust-Leugnung von Bischof Richard Williamson erfuhr die Kirche in Deutschland im Januar 2009 eine breit geführte Debatte, gerade auch in den Medien. Neben der eindeutigen Distanzierung der Deutschen Bischofskonferenz zu Bischof Williamson erfolgte in den Monaten Januar, Februar und März 2009 auch eine mehrfache Distanzierung von kreuz.net. Das Portal sei gefährlich, unseriös, menschenverachtend, volksverhetzend und massiv antisemitisch. Der Begriff des Katholischen werde hier auf grösste Weise missbraucht. Kreuz.net habe keine Existenzberechtigung und mit der katholischen Kirche nichts zu tun. Diese klaren Formulierungen von Seiten der Bischofskonferenz haben keinen Zweifel gelassen, welche Auffassung gegenüber kreuz.net und dessen kontinuierlicher und inakzeptabler Entgleisungen vertreten wird. Die Folge war die Verhöhnung unter anderem des Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz, die sich auf kreuz.net ausbreite und – nach Einschätzung von Juristen – durchaus strafrechtliche Relevanz hatte.

In der Folgezeit wurde kreuz.net genauer beobachtet. Wiederholt machte die juristische Seite der Deutschen Bischofskonferenz deutlich, dass eine strafrechtliche Verfolgung aufgrund der permanenten Verlagerung des Servers in Übersee keine Chance auf einen Erfolg habe. Kreuz.net arbeitete mit professionellen Mitteln, hinter denen nach Beobachtermeinung viel Geld stand, eben weil das Portal so geschickt und von den Machern her perfekt anonym operierte.

Ein besonders herber Rückschlag in den Bemühungen, gegen kreuz.net vorgehen zu können, ereignete sich im Sommer 2011, als die streng vertrauliche Vorlage für den Ständigen Rat der Deutschen Bischofskonferenz zu Planungen eines Forschungsprojektes zur Aufarbeitung der Fälle sexuellen Missbrauchs im kirchlichen Bereich auf kreuz.net in allen Details öffentlich wurde. Mit Hohn und Hass begleitete kreuz.net die Apostolische Reise von Papst Benedikt XVI. nach Deutschland. Kardinäle und Bischöfe wurden verunglimpft und beleidigt, Ordensleute im Internet gedemütigt und eine gefährliche „braune Soße“ im Namen des „katholischen“ ausgegossen. Insbesondere seit dem Papstbesuch intensivierte sich der Austausch in Sachen kreuz.net zwischen der Deutschen Bischofskonferenz und dem Vatikan.

Obgleich durch Entscheidungen des Bundesgerichtshofes und des Europäischen Gerichtshofs die äußerungsrechtliche Verfolgbarkeit von ausländischen Betreibern von Webseiten im Internet gestärkt wurde, mangelte es weiterhin an einer faktischen Zugriffsmöglichkeit auf kreuz.net. Die Deutsche Bischofskonferenz setzte die bereits seit

langem eingeleiteten juristischen Prüfungsmaßnahmen und Schritte fort, um auf einen Zugriff vorbereitet zu sein, sobald dieser möglich sein würde. Parallel dazu wurde im August 2011 bekannt, dass die Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien eine Indizierung des Internet-Angebots prüfen wollte.

Die juristische Bewertung von Beiträgen auf kreuz.net hatte eine Vielzahl von strafrechtlich relevanten Einträgen ergeben. Als Beispiel wurde dafür ein Beitrag über Erzbischof Dr. Robert Zollitsch vom 8. Februar 2012 verwendet. Nachdem Erzbischof Zollitsch sich zwei Tage zuvor in einer Presseerklärung der Deutschen Bischofskonferenz zur Lage der Christen in Syrien geäußert hatte, verunglimpfte ihn kreuz.net als „Schreibtisch-Kriegsverbrecher“, der nach einem „Holocaust an den syrischen Christen“ brüllte. Am 6. März 2012 wurde bei der Staatsanwaltschaft Freiburg eine Strafanzeige gestellt. Das Ermittlungsverfahren wurde jedoch mit Datum vom 30. Juli 2012 eingestellt, weil kein Tatverdächtiger ermittelt werden konnte. Die Staatsanwaltschaft schreibt: „Durch die polizeilichen Ermittlungen konnte in Erfahrung gebracht werden, dass als Verantwortlicher der Domain kreuz.net ein ‚Sodalicum For Religion and Information, Matthew Weizmann‘ unter der Anschrift... Panama registriert ist. Auffallend ist insoweit, dass die Kontaktdaten im Verlauf der Ermittlungen mehrfach wechselten. Ein justizielles Rechtshilfeersuchen nach Panama erscheint vor diesem Hintergrund aussichtslos, zumal durch polizeilichen Informationsaustausch bereits in Erfahrung gebracht werden konnte, dass die Person Matthew Weizmann in Panama nicht bekannt ist und die angegebene Adresse tatsächlich nicht existiert.“¹

Die Deutsche Bischofskonferenz leitete weitere Maßnahmen ein, insbesondere als die Debatte um kreuz.net im März 2012 neue Dynamik aufnahm. Hintergrund waren entwürdigende Angriffe auf den Grünen-Politiker Volker Beck, der den Verfassungsschutz in die Ermittlungen gegen kreuz.net einschaltete. Die Deutsche Bischofskonferenz begrüßte diese Maßnahme. Auf Nachfrage der Medien stellte die Pressestelle klar, dass man davon ausgehe, „dass keine Mitarbeiter im kirchlichen Dienst Informationen an kreuz.net geben. Wenn dies doch so wäre, wäre das ungeheuerlich“².

1 Brief Staatsanwaltschaft Freiburg an die Rechtsanwaltskanzlei Redeker Sellner Dahs vom 30.7.2012.

2 Zitate im Beitrag von Markus Decker: Kirche auf Distanz zu kreuz.net. In: Kölner Stadtanzeiger vom 30.3.2012; sowie Interview mit Matthias Kopp im Domradio Köln vom 29.3.2012.

Diese Formulierung wurde von interessierter Seite später gegen die Kirche verwendet, so dass – gerade in der Debatte um kreuz.net im Herbst 2012 – mehrfach Klarstellungen von Seiten der Deutschen Bischofskonferenz erfolgten. Arbeitsrechtliche Konsequenzen für Mitarbeiter im kirchlichen Dienst sind in der Tat nicht ausgeschlossen. Doch kann sie nur der konkrete Anstellungsträger und keinesfalls die Bischofskonferenz ergreifen, wie manche Medien meinten. Die Kirche hat aber die Möglichkeit und auch die Verpflichtung, durch eine öffentliche Äußerung eine klare Warnung auszusprechen, ohne dabei die Unschuldsvermutung zu verletzen. Das unterstrich auch der Sekretär der Deutschen Bischofskonferenz, Pater Hans Langendörfer, in einem Brief an Volker Beck: „Wir gehen davon aus, dass keine Mitarbeiter im kirchlichen Dienst Informationen an kreuz.net geben oder sich als Autoren auf kreuz.net diffamierend betätigen. Wenn dies doch so wäre, würde es sich um eine ungeheuerliche Pflichtverletzung handeln, die für den kirchlichen Dienstgeber nicht hinnehmbar wäre. Sollte uns bekannt werden, dass Mitarbeiter im kirchlichen Dienst in verächtlichmachender, verleumderischer oder diskriminierender Weise auf dieser Seite publizieren, werden wir mit allen uns möglichen arbeits- und dienstrechtlichen Mitteln dagegen vorgehen.“³

„Kopfgeld“ für die Enttarntung der Macher von kreuz.net

Eine in der medialen Öffentlichkeit völlig neue Situation entstand nach dem Tod des Komikers Dirk Bach. Er wurde auf niederträchtige und entwürdigende Weise nach seinem Tod auf kreuz.net verhöhnt. Diese Angriffe weckten das Interesse der Medien, so dass seit dem 4. Oktober 2012 kontinuierlich in zahlreichen Zeitungen, Fernsehsendern, Radiobeiträgen und Internetauftritten über das Thema berichtet wurde. Die Deutsche Bischofskonferenz machte von Anfang an klar, dass sie sich bereits frühzeitig vor drei Jahren in aller Form von kreuz.net distanziert habe und verschiedene Aktivitäten großer deutscher Tageszeitungen unterstütze, um den Machern von kreuz.net auf die Spur zu kommen. Außerdem wies die Bischofskonferenz auf die Einleitung verschiedener juristischer Maßnahmen zu einem bereits früheren Zeitpunkt hin. In der Folge startete der Bruno Gmünder Verlag in Berlin aufgrund der Polemik gegen Dirk Bach eine Aktion „Stoppt kreuz.net“ und setzte – medienwirksam inszeniert – ein „Kopfgeld“ von 15 000 Euro aus, wenn die Macher der Seite enttarnt

3 Brief P. Dr. Hans Langendörfer SJ an Volker Beck vom 12.10.2012.

würden. In einem offenen Brief vom 10. Oktober 2012 wandte sich der Verlag an das Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz und bat um Unterstützung der Aktion. Der Brief war vom Verlag jedoch zuvor den Medien zugestellt worden, so dass der Brief in der Bischofskonferenz erst am 12. Oktober 2012 eintraf. Wie bei anderen öffentlichen Institutionen in Politik und Gesellschaft, reagiert die Deutsche Bischofskonferenz auf offene Briefe grundsätzlich nicht. So hatte es in der Folgezeit auch keinerlei Kontakte zwischen dem Verlag und der Bischofskonferenz gegeben. Der Initiator der Aktion, David Berger, schaffte es, medienwirksam seine Ermittlungsergebnisse der Staatsanwaltschaft Berlin zu übergeben. Eine Information an die Bischofskonferenz, um gegebenenfalls Namen im kirchlichen Bereich nachzugehen, erfolgte nicht.

Mangelnde Differenzierung in der Medienberichterstattung

Am 29. Oktober 2012 veröffentlichte der „Spiegel“ unter dem Titel „Theologische Tripper“ eine Recherche über Namen von Priestern, die häufiger auf kreuz.net publiziert hätten. Abgesehen davon, dass ein Teil der Personen nicht in Deutschland inkardiniert ist und die deutschen Bistümer somit keine jurisdiktionelle Verantwortung haben, führte der Name eines Priesters später zur Bestätigung, dass er auf kreuz.net publiziert habe.⁴ Gerade hier gilt es zu unterscheiden: So sehr es weder für kirchliche Mitarbeiter noch für Priester akzeptabel ist, auf kreuz.net zu publizieren, sind bisher nur äußerst wenige Namen von Autoren bekannt. Das Grundproblem bleibt, dass den Machern bis zum heutigen Tag nicht auf die Spur zu kommen ist. Und gegenüber vorschnellen, medial inszenierten Verdächtigungen zu konkreten Namen gilt zunächst die Unschuldsvermutung. Auch die Herbstvollversammlung der Deutschen Bischofskonferenz befassste sich am 27. September 2012 mit der erschreckenden Popularität von kreuz.net. Die bisher dargestellten Auffassungen – gerade mit Blick auf die beschämende Würdelosigkeit des Portals – wurden hier bestätigt.

Während eine Differenzierung hinsichtlich des Problems kreuz.net und angeblicher Autoren in vielen Medien generell zu winschen übrig ließ, je schärfer die öffentliche Diskussion wurde, war einer der Tiefpunkte in der journalistischen Arbeit die Feststellung der „Augs-

⁴ Vgl. Peter Wensierski: Theologischer Tripper. In: Der Spiegel vom 29.10.2012, S. 38f. Der erwähnte Priester entschuldigte sich später und konnte ein klärendes Gespräch mit dem zuständigen Heimatbistum führen.

burger Allgemeinen“ vom 4. Dezember 2012, die lapidar vermerkte, dass die Deutsche Bischofskonferenz nichts gegen kreuz.net unternommen habe. Abgesehen davon, dass diese Art journalistischer Fehlleistung eine juristische Richtigstellung in der Zeitung zur Folge hatte, zeigt sich hier, dass die schnelle Nachricht mehr als eine oberflächliche Recherche braucht.

In der Folge war die Überraschung groß, als am 2. Dezember 2012 kreuz.net nicht mehr erreichbar war. Was zur Abschaltung geführt hat, ist bis heute nicht bekannt. Schnell wurden Stimmen laut, es sei allein der Initiative des Gmünder Verlags zu verdanken, der den Druck auf kreuz.net erhöht habe. Bei einer differenzierten Betrachtung wird man jedoch feststellen, dass es eine Vielzahl von Initiativen gab, von denen der Gmünder Verlag eine war. Die beiden großen Tageszeitungen, die zum jetzigen Zeitpunkt noch immer an der Enttarnung der Hintermänner von kreuz.net arbeiten, juristische Einzelinitiativen von Bürgerinnen und Bürgern und die Arbeit der Deutschen Bischofskonferenz haben je auf ihre Weise Druck aufgebaut, der den Machern von kreuz.net dann letztlich zu groß wurde. Für die Deutsche Bischofskonferenz ist klar – und das hat sie gleich nach dem Offline-Modus von kreuz.net Medien gegenüber gesagt: „Auch wenn kreuz.net nicht mehr am Netz ist, werden wir weiter daran arbeiten, den Machern auf die Spur zu kommen. Für uns ist das Kapitel kreuz.net längst nicht vorbei. Deshalb nutzen wir alle unsere Kräfte, um es wirklich zu einem Abschluss zu bringen.“